Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

17.02.1993 - Beschlußprotokoll 27. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
27. Sitzung
17. 02. 93
Nr. 13/387 — 13/395

Nr. 13/387

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Drogenkonsum im bremischen Strafvollzug
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 22. Januar 1993
   (Drucksache 13/456)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1993
   (Drucksache 13/488)

2. Rechtsextreme Gewalt von Jugendlichen im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 25. Januar 1993
   (Drucksache 13/458)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1993
   (Drucksache 13/489)

Nr. 13/388

Fragestunde

1. Bremerhavener Außenhandels- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 13. Januar 1993

2. Standortvergabe eines Links-Herz-Katheder-Meßplatzes
   Anfrage der Abgeordneten Ravens, Kudella und Fraktion der CDU vom 22. Januar 1993

3. Verabreichung von Vitamin-K-Präparaten an Neugeborene
   Anfrage der Abgeordneten Annegret Pautzke, Welke und Fraktion der FDP vom 25. Januar 1993

4. Mißbrauch mit der grünen Kfz-Nummer im Güterkraftverkehrsgewerbe
   Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 25. Januar 1993

5. Gewalttaten von Autonomen gegen Bürger und Polizei
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 27. Januar 1993

6. Gewalt und Rauschgifthandel in den Schulen
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 27. Januar 1993

7. Frauenanteil bei den Projekten des Europäischen Sozialfonds (ESF)
   Anfrage der Abgeordneten Jutta Kellmann-Hoppensack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 1. Februar 1993

8. Freiwilliges ökologisches Jahr
   Anfrage der Abgeordneten Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 1. Februar 1993

9. Verkürzung der Bearbeitungszeiten von Einbürgerungsanträgen
   Anfrage der Abgeordneten Kulla, Liebetrau, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 1. Februar 1993

10. Weserport — Bremerhaven
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 2. Februar 1993

11. Justitielle Verfolgung von Drogenabhängigen
    Anfrage der Abgeordneten Karoline Linnert, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN vom 3. Februar 1993

12. Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
    Anfrage der Abgeordneten Neumeyer, Elisabeth Motschmann, Kudella und Fraktion der CDU vom 4. Februar 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Modellprogramm „Senioren-Büros"
    Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Elisabeth Motschmann, Kudella und Fraktion der CDU vom 4. Februar 1993

14. Personalsituation beim Arbeitsamt Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Schmurr, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 8. Februar 1993

15. Prüfung von Abschiebehindernissen
    Anfrage des Abgeordneten Ruffler (GRÜNE) vom 8. Februar 1993

16. Desertierte Soldaten aus dem ehemaligen Jugoslawien
    Anfrage des Abgeordneten Ruffler (GRÜNE) vom 8. Februar 1993

17. Kontrolle der Arbeitserlaubnis für Asylbewerber — 2. Nachfrage
    Anfrage der Abgeordneten Neumeyer, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. Februar 1993

18. Ermittlungsverfahren gegen Beamte des 3. Polizeireviers
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. Februar 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

19. Besuche des Innensenators in Polizeirevieren
    Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. Februar 1993

Die Anfrage wird zurückgezogen.

20. Modelltest SPD-regierter Länder: Heroin vom Staat
    Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. Februar 1993

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

21. Kosten-Nutzen-Untersuchung Fischereihafendoppelschleuse

    Anfrage der Abgeordneten Wilhelms, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1993

Die Anfrage wird zurückgezogen.

22. Abgeschlossenheitsbescheinigungen für Wohnungseigentum

    Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1993

23. Notwendige Fortbildung Bremer Kriminalpolizisten

    Anfrage der Abgeordneten Bergen, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1993

24. Aufnahme von bosnischen Flüchtlingsfrauen

    Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck, Mützelburg und Fraktion DIE GRÜNEN vom 10. Februar 1993

25. Zentralisierung der Kfz-Werkstätten

    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 11. Februar 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/389

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Wilhelmi, Dittbrenner und Fraktion der SPD, Heise, Welke und Fraktion der FDP sowie Marieluise Beck, Mützelburg und Fraktion DIE GRÜNEN eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Auswirkungen der Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen auf die Arbeitsämter Bremen und Bremerhaven"

Nr. 13/390

Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 1993
(Drucksache 13/470)

D a z u

Änderungsantrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" vom 16. Februar 1993
(Drucksache 13/492)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit Änderungen.

Nr. 13/391

Stärkung der beruflichen Bildung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. September 1992
(Drucksache 13/342)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Forderung der KMK (vom 25./26. Juni 1992) nach einer gemeinsamen Abschlußprüfung der dualen Ausbildung und fordert den Senat auf, Vorstellungen zu entwickeln und auf Bundesebene vorzubringen, daß schulische und betriebliche Ausbildungsleistungen in die Abschlußnote der Berufsabschlußprüfung einbezogen werden, und hierüber der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Mai 1993 einen Bericht vorzulegen.

Nr. 13/392

Zukunft der beruflichen Bildung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
vom 15. Oktober 1992
(Drucksache 13/362)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1993
(Drucksache 13/475)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/393

Ausweitung der Sicherheitsstandards und internationaler Haftungsregelungen für die Tankschiffahrt
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP, DIE GRÜNEN und der CDU
vom 21. Januar 1993
(Drucksache 13/452)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, angesichts der Kette von ökologischen Katastrophen durch Tankerunglücke, wie der jüngsten Strandung des Öltankers „Braer" vor den Shetland-Inseln, Initiativen im Bundesrat und in den internationalen Schiffahrtsgremien, in denen der Senat vertreten ist, zu ergreifen, die insbesondere zu weltweiten Regelungen im Bereich der Schiffssicherheitsstandards und des Haftungsrechts führen.

   Dazu gehören vorrangig:

   - die Einführung von Doppelhüllentankern und Einbau kleinerer Tanks
   - das Verbot des Anlaufens von Tankschiffen, die diese Sicherheitsstandards nicht erfüllen
   - Entwicklung und Realisierung von intelligenten Informations- und Überwachungssystemen
   - Festlegung sogenannter Sicherheitsrouten für Tankschiffe
   - Festlegung von Mindeststandards für die Qualifikation und die Anzahl von Schiffspersonal
   - Ausweitung der technischen Prüfkriterien bei der Klassifikation von Tankerschiffen
   - Ausweitung der Lotsenannahmepflicht
   - Verschärfung der Hafenstaatenkontrollen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet die Aufstellung von klaren internationalen Haftungsregelungen bei Tankerunfällen als zentrale Maßnahme. Ziel soll sein, eine Staatsflaggenhaftung einzuführen.

3. Dabei geht die Bürgerschaft (Landtag) davon aus, daß im Rahmen dieser Initiativen als erster Schritt eine einheitliche europäische Regelung bezüglich der Tankersicherheit realisiert wird und die jetzt geltenden Übergangsvorschriften drastisch reduziert werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert darüber hinaus Initiativen, die den enormen Energiebedarf der Industrieländer reduzieren und damit auch die Tankertransporte insgesamt verringern.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat noch bis zur Sommerpause folgende Berichte in den zuständigen Deputationen:

   — über Art, Umfang, Maßnahmen und Defizite bei den in den bremischen Häfen durchgeführten Hafenstaatenkontrollen

   — über den derzeitigen Stand der Möglichkeiten Ölunfallbekämpfung in der Nordsee sowie in norddeutschen Fluß- und Hafengebieten.

Nr. 13/394

Schiffe (Billigflagge — Billigpatente)

Antrag des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK
vom 5. Februar 1993
(Drucksache 13/472)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/395

Informationskampagne für die Europäische Einigung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 1992
(Drucksache 13/438)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für „Bundes- und Europaangelegenheiten".

Druck: Hans Krohn, Bremen